

preussischen Armee früher bestanden hatte und in den bayerischen, sächsischen und württembergischen Militärlcontingenten noch bestand.

Nicht der Inhalt unserer Gesetzgebung war das Unwürdige, sondern der Zeitpunkt. Wir besserten an unseren inneren Einrichtungen, während die lebendige Mauer einzustürzen drohte, welche die Heimat schützte. Wir haben diese Schmach gefühlt genau wie die Konservativen, aber glaubten nicht anders handeln zu können.

Machthunger der Parteien war wahrlich nicht der Beweggrund. Diese elende Verdächtigung kann ich beiseite lassen. Uns trieb die Sorge: wie können wir die Forderung nach der Abdankung aufhalten? Bezeichnend war, wer in den Beratungen dieser Tage auf die Verfassungsänderungen drängte, und wie ihre Notwendigkeit begründet wurde. Der Sozialdemokrat David, dem nach Gesinnung und Temperament jeder Umsturz zuwider war, erklärte am 25. Oktober in einer Sitzung im Reichsamt des Innern: Es handle sich heute darum, eine Rettungsaktion für den Kaiser zu machen. In den Sitzungen des preussischen Staatsministeriums stimmte Bergt aus allgemeinen Gründen der Regelung der Kommandogewalt zu und erklärte von der einschneidendsten Maßnahme, der Änderung des Art. 11, die Regierung sollte vorausgehen und nicht auf die Initiative der Parteien warten. Es war der bayerische Ministerpräsident v. Dandl, der in der Sitzung des Bundesratsausschusses am 20. Oktober vorschlug, in Beantwortung der zweiten Note Wilsons das Militärkabinett abzuschaffen.

Ich weiß jetzt, daß alle diese Gedankengänge auf trügerischem Grunde bauten. Die Geschichte wird mir den Vorwurf machen, ich hätte die Notwendigkeit der Abdankung nicht rechtzeitig erkannt. Heute bedaure ich, daß Haestens Worte mich nicht aufgeschreckt haben. Ich hätte am 24. abends handeln sollen.

Mich hat nach dem Kriege ein Urteil von Max Weber schwer getroffen: Prinz Max habe, in dynastischer Sentimentalität befangen, die Wirklichkeiten der Situation nicht gesehen und kostbare Tage und Wochen verrinnen lassen.

Ich gebe die gefühlsmäßige Trübung der Urteilskraft zu, aber ich glaube, Max Weber tut meinen Beweggründen unrecht; ich war von der Aufgabe erfüllt, den Kaiser mit dem Volk wieder zusammenzuführen; ich dachte dabei nicht minder an das Reich als an ihn. Die Nachfolge des Kronprinzen würde die Situation nicht erleichtert, sondern erschwert haben. Dann kam der Enkel, und „wehe dem Volk, dessen König ein Kind ist“.

Gerade eine reformierende Regierung braucht die ungebrochene Autorität des Staatsoberhauptes, soll sie nicht nur äußerlich ihren Willen